



Pressemappe

Landesverband Rheinland-Pfalz

(Stand 23. April 2011)

Ihr Ansprechpartner

Angelo Veltens

Piratenpartei Deutschland
Landesverband Rheinland-Pfalz
Postfach 20 12 51
56012 Koblenz

0176 / 27 25 06 36

presse@piraten-rlp.de

Inhalt

1 Parteigeschichte.....	3
2 Parteiprogramm.....	4
2.1 Präambel.....	4
2.2 Mehr Demokratie wagen	5
2.3 Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung.....	5
2.4 Patentwesen.....	5
2.5 Freie demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur.....	5
2.6 Teilhabe am digitalen Leben	6
2.7 Privatsphäre und Datenschutz.....	6
2.8 Transparenz des Staatswesens.....	6
2.9 Freier Zugang zu öffentlichen Inhalten.....	6
2.10 Bildung	7
2.11 Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe.....	7
2.12 Geschlechter- und Familienpolitik.....	7
2.13 Umwelt	7
2.14 Whistleblowerschutz.....	8
2.15 Recht	8
2.16 Informationsfreiheitsgesetze	8
3 Fakten.....	9
3.1 Landesverband Rheinland-Pfalz.....	9
3.2 Piratenpartei Deutschland.....	9
3.3 Piratenpartei Schweden.....	10
4 Pressespiegel.....	11
4.1 Print.....	11
4.2 TV.....	11
4.3 Radio.....	11
4.4 Internet.....	11
5 Pressemitteilungen.....	13
5.1 Piratenpartei Rheinland-Pfalz: BKA-Gesetz verhindern! Petition unterzeichnen!.....	13
5.2 Piratenpartei entsetzt über schwedisches Überwachungsgesetz.....	14



Infostand in Trier



1 Parteigeschichte

Am 1.1.2006 wird in Schweden unter der Führung von Rickard Falkvinge die Piratpartiet („Piratenpartei“) aus Protest gegen zunehmende staatliche und wirtschaftliche Überwachung gegründet. Hauptthemen der basisdemokratisch ausgerichteten Partei sind der freie Austausch von Wissen, eine Reformierung des Urheber- und Patentrechts sowie eine Verbesserung des Datenschutzes.

Die schwedische Piratenpartei erfährt bereits kurz nach ihrer Gründung regen Zulauf. Vor allem junge Menschen, die mit dem Internet aufgewachsen sind und der Regulierung des freien Zugangs zu Informationen kritisch gegenüber stehen, schließen sich der Partei an. Bereits Ende 2007 ist die Zahl ihrer Mitglieder auf 9000 angewachsen.

Im **Europaparlament** ist die Piratenpartei seit 2009 durch die Schweden [Christian Engström](#) und zukünftig [Amelia Andersdotter](#) vertreten.

In einigen europäischen Ländern greift man die Ideen der schwedischen Piratenpartei auf. Zunächst gründet sich im Juli 2006 die Piratenpartei Österreich. Darauf folgt am 10. September 2006 in Berlin die Gründung der „Piratenpartei Deutschland“. Mitte 2008 sind Piratenparteien bereits weltweit in 18 Ländern aktiv, vereint in der Dachorganisation „PP International“, der mittlerweile 26 Länder angehören.

Bei der [hessischen Landtagswahl](#) im Januar 2008 war die Piratenpartei zum ersten Mal auf den Wahlzetteln vertreten und konnten mit insgesamt 6.955 Stimmen (=0,3%) ein respektables Ergebnis erzielen.

Es folgten 2008 Bürgerschaftswahlen in Hamburg, 2009 Neuwahl des hessischen Landtags, Europawahl und Bundestagswahl 2009.



Piratenpartei in Schweden



2 Parteiprogramm

Dies ist eine kurze Zusammenfassung des Parteiprogramms der Piratenpartei. Nähere Informationen zu den einzelnen Themen finden Sie im Internet unter: <http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm>

2.1 Präambel

Im Zuge der Digitalen Revolution aller Lebensbereiche sind trotz aller Lippenbekenntnisse die Würde und die Freiheit des Menschen in bisher ungeahnter Art und Weise gefährdet. Dies geschieht zudem in einem Tempo, das die gesellschaftliche Meinungsbildung und die staatliche Gesetzgebung ebenso überfordert wie den Einzelnen selbst. Gleichzeitig schwinden die Möglichkeiten, diesen Prozess mit demokratisch gewonnenen Regeln auf der Ebene eines einzelnen Staates zu gestalten dahin.

Die Globalisierung des Wissens und der Kultur der Menschheit durch Digitalisierung und Vernetzung stellt deren bisherige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen ausnahmslos auf den Prüfstand. Nicht zuletzt die falschen Antworten auf diese Herausforderung leisten einer entstehenden totalen und totalitären, globalen Überwachungsgesellschaft Vorschub. Die Angst vor internationalem Terrorismus lässt Sicherheit vor Freiheit als wichtigstes Gut erscheinen - und viele in der Verteidigung der Freiheit fälschlicherweise verstummen.

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesellschaft. Nur auf ihrer Basis kann eine demokratische, sozial gerechte, freiheitlich selbstbestimmte, globale Ordnung entstehen.

Die Piratenpartei versteht sich daher als Teil einer weltweiten Bewegung, die diese Ordnung zum Vorteil aller mitgestalten will.

Die Piratenpartei will sich auf die im Programm genannten Themen konzentrieren, da wir nur so die Möglichkeit sehen, diese wichtigen Forderungen in Zukunft durchzusetzen. Gleichzeitig glauben wir, dass diese Themen für Bürger aus dem gesamten traditionellen politischen Spektrum unterstützenswert sind, und dass eine Positionierung in diesem Spektrum uns in unserem gemeinsamen Streben nach Wahrung der Privatsphäre und Freiheit für Wissen und Kultur hinderlich sein würde.



2.2 Mehr Demokratie wagen

Die Piratenpartei Deutschland sieht Demokratie als die bestmögliche Herrschaftsform, da nur eine echte Demokratie ein faires und gerechtes Miteinander sowie den Ausgleich der Interessen Einzelner innerhalb des Staates ermöglicht.

2.3 Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung

Die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich des Urheberrechts beschränken das Potential der aktuellen Entwicklung, da sie auf einem veralteten Verständnis von so genanntem "geistigem Eigentum" basieren, welches der angestrebten Wissens- oder Informationsgesellschaft entgegen steht.

2.4 Patentwesen

Im Wandel vom Industriezeitalter zum Informationszeitalter entwickeln sich die weltweit herrschenden Patentregelungen teilweise vom Innovationsanreiz zum Innovationshemmnis. Der Versuch, mit althergebrachten Mitteln die Zukunft zu gestalten, wird den grundlegenden Veränderungen in der Welt nicht nur immer weniger gerecht, er stellt auch beispielsweise in den Bereichen der Patentierung von Erkenntnissen der Genforschung und Biotechnologie und im Bereich der Softwarepatente eine große Gefahr für die Gesellschaft von morgen dar. Grundsätzlich wollen wir einen freieren Markt ohne die hinderlichen Beschränkungen der derzeitigen Patentpraxis erreichen. Wir fordern, dass das Patentsystem reformiert oder durch sinnvollere Regelungen ersetzt wird. Keinesfalls darf es durch innovationsfeindliche Regelungen ergänzt werden.

2.5 Freie demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur

In unserer modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, dass alle Bürger jederzeit die volle Kontrolle über ihre Informationsverarbeitung und Kommunikation erlangen können, sofern sie dies wünschen. Diese Freiheit aller Bürgerinnen soll verhindern, dass die Macht über Systeme und Daten in den Händen Einzelner konzentriert wird. Sie versucht diese so breit wie möglich auf alle Bürger zu verteilen und so ihre Freiheit und Privatsphäre zu sichern.



2.6 Teilhabe am digitalen Leben

Der Wandel zur digitalen Gesellschaft stellt einen enormen Entwicklungssprung dar. Sie wirkt sich massiv auf unser soziales Leben, politische Prozesse und unser wirtschaftliches Handeln aus. Freie Kommunikation wirkt wie ein Katalysator für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und legt mit den neuen digitalen Technologien bisher ungeahnte Potenziale frei. Der freie Informationsfluss schafft mündige Bürger, die in der Lage sind ihre Freiheit wirkungsvoll gegen totalitäre Tendenzen zu verteidigen. Die freie Vernetzung ermöglicht es Angebot und Nachfrage aller Art einfach zusammenzubringen. Die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation sind aus der modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken und müssen auch durch staatliches Handeln sichergestellt und sogar gefördert werden.

2.7 Privatsphäre und Datenschutz

Der Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz gewährleisten Würde und Freiheit des Menschen. Das Recht auf Wahrung der Privatsphäre ist ein unabdingbares Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Die Meinungsfreiheit und das Recht auf persönliche Entfaltung sind ohne diese Voraussetzung nicht zu verwirklichen.

2.8 Transparenz des Staatswesens

Der Einblick in die Arbeit von Verwaltung und Politik auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung ist daher ein fundamentales Bürgerrecht und muss zum Wohle der freiheitlichen Ordnung entsprechend garantiert, geschützt und durchgesetzt werden.

2.9 Freier Zugang zu öffentlichen Inhalten

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass möglichst alle durch öffentlichen Stellen erzeugten oder mit Hilfe öffentlicher Förderung entstandenen Inhalte der breiten Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden. Die Verfügbarkeit darf nicht durch Antragsverfahren, Lizzenzen, Gebühren oder technische Mittel erschwert werden. Die Inhalte werden in offenen Formaten online zur Verfügung gestellt und archiviert. Weiterverbreitung sowie kommerzielle Nutzung sind ausdrücklich gestattet. Ausnahmen von der Veröffentlichungspflicht sind nur bei schwerwiegenden Gründen möglich; diese müssen in jedem Einzelfall schriftlich dargelegt werden.



2.10 Bildung

Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Dies ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft essentiell, um jedem Menschen, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Mit diesem Ziel ist das Hauptanliegen institutioneller Bildung die Unterstützung bei der Entwicklung zur mündigen, kritischen und sozialen Person. Dabei sollen die Belange des Lernenden im Vordergrund stehen.

2.11 Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe

Wir Piraten sind der Überzeugung, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen eine sichere Existenz als Grundlage für die Entfaltung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Potenziale nutzen wird. Sichere Existenz schafft einen Freiraum für selbstbestimmte Bildung und Forschung sowie wirtschaftliche Innovation. Sie erleichtert und ermöglicht ehrenamtliches Engagement, beispielsweise die Pflege von Angehörigen, die Fürsorge für Kinder, unabhängigen Journalismus, politische Aktivität oder die Schaffung von Kunst und Freier Software. Davon profitiert die ganze Gesellschaft.

2.12 Geschlechter- und Familienpolitik

Die Piratenpartei steht für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik. Diese basiert auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegenheiten des persönlichen Lebens, das sich ableiten lässt aus Artikel 1 des Grundgesetzes. Die Piraten setzen sich dafür ein, dass Politik der Vielfalt der Lebensstile gerecht wird. Jeder Mensch muß sich frei für den selbstgewählten Lebensentwurf und die von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können. Das Zusammenleben von Menschen darf nicht auf der Vorteilnahme oder Ausbeutung Einzelner gründen.

2.13 Umwelt

Die Piratenpartei steht für Nachhaltigkeit (Freiheit für nachfolgende Generationen). Voraussetzung dafür ist ein transparenter und verantwortungsvoller Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Wir wollen eine gesunde und natürliche Umwelt erhalten. Dies bedeutet die Reduktion des Eintrages von schädlichen Stoffen in unsere Umwelt und den Schutz und die Wiederherstellung von Naturräumen, insbesondere denen mit einer hohen Artenvielfalt.

Wir wollen eine langfristig sichere und umweltschonende Energie-Infrastruktur.



2.14 Whistleblowerschutz

Die Piratenpartei Deutschland erachtet Whistleblower als wichtiges Korrektiv in jeder freien und demokratischen Gesellschaft. Dazu ist einerseits erforderlich, eine allgemeine gesetzliche Regelung zum Schutz von Whistleblower zu finden. Andererseits muss die Gesellschaft darüber aufgeklärt werden, dass Whistleblower einen gesellschaftlichen Wert haben, wie dies für Presseinformaten schon etabliert ist.

2.15 Recht

Wir lehnen eine Aushöhlung des Anspruches auf den gesetzlichen Richters durch Phänomene wie "forum shopping" und "fliegenden Gerichtsstand" ab. Es darf nicht im Belieben eines Klägers stehen, die Klage gerade dort zu erheben, wo er sich die besten Chancen ausrechnet. Durch die Rechtsprechung, bei Veröffentlichungen im Internet einen Erfolg überall anzunehmen, wo der entsprechende Inhalt abgerufen werden kann, ist das Konzept des Gerichtsstandes am Erfolgsort nicht mehr zeitgemäß und erlaubt die willkürliche Auswahl eines beliebigen Gerichts. Wir wollen eindeutig regeln, welches Gericht für die Entscheidung eines Rechtsstreits zuständig ist.

2.16 Informationsfreiheitsgesetze

In deutschen Behörden galt bisher der Grundsatz der Amtsverschwiegenheit. Um in Akten der öffentlichen Verwaltung einsehen oder aus ihnen Auskünfte erlangen zu können, musste ein berechtigtes Interesse nachgewiesen werden.

Nahezu alle westlichen Industrienationen gewähren dagegen zum Teil schon seit längerem ein voraussetzungsloses Recht auf Akteneinsicht und Aktenauskunft, ohne dass die Anträge begründet werden müssen. Erst seit wenigen Jahren gewinnt Deutschland langsam Anschluss an diesen internationalen Standard.

Immer mehr setzt sich auch hier die Erkenntnis durch, dass Transparenz der öffentlichen Verwaltung nicht nur die demokratischen Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärkt und damit der Staatsverdrossenheit entgegenwirkt, sondern dass sie Manipulationen und Korruption erschwert.



3 Fakten

3.1 Landesverband Rheinland-Pfalz

Gegründet: 07.06.2008

Mitglieder (Stand 04/11): 516

Vorsitzender: Heiko Müller

Stellvertretender Vorsitzender: Roman Schmitt

Schatzmeister: Ansgar Veltens

Generalsekretär: Werner Brummer

Beisitzer: Nadine Clos, Ingo Höft

Anschrift:

Piratenpartei Deutschland
Landesverband Rheinland-Pfalz
Postfach 20 12 51
56012 Koblenz

E-Mail: presse@piraten-rlp.de

Web: <http://www.piraten-rlp.de>

3.2 Piratenpartei Deutschland

Gegründet: 10.09.2006

Mitglieder (Stand 04/11): 11.794

Vorsitzender: Jens Seipenbusch

Stellvertretender Vorsitzender: Andreas Popp

Schatzmeister: Bernd Schrömer

Beisitzer: Christopher Lauer, Daniel Flachshaar, Wolfgang Dudda

Anschrift Geschäftsstelle:

Piratenpartei Deutschland

Pflugstr. 9a
10115 Berlin

Fon: 030/27572040

Fax: 030/609897-517

E-Mail: bgs_anfragen@piratenpartei.de

Web: <http://www.piratenpartei.de/>



3.3 Piratenpartei Schweden

Gegründet: 01.01.2006

Mitglieder (Stand 06/10): 16.000

Vorsitzende: Anna Troberg

Anschrift:

Piratpartiet
Post Box 307
101 26 Stockholm

E-Mail: info@piratpartiet.se

Web: <http://www.piratpartiet.se/>



Gründer der Piratenpartei Schweden

Rickard Falkvinge auf der Piratendemo am 3. Juni 2006



Piratenpartei Rheinland-Pfalz

4 Pressespiegel

4.1 Print

14.07.2008: Die Rheinpfalz - „Piratenpartei“ will Datensammler bremsen

Über die Piratenpartei Rheinland-Pfalz. Mit Kommentar von Karin Dauscher.

12.06.2008: Rhein-Zeitung - Piraten enterten Deutsches Eck
Über die Gründung der Piratenpartei Rheinland-Pfalz.

23.02.2008: Frankfurter Rundschau - Für einen gläsernen Staat
Über die Piratenpartei bei den Wahlen in Hessen und Hamburg.

26.01.2008: Lift Februar 2008 - 02

Über die Piratenpartei in Baden-Württemberg, Bericht mit Foto, kurze Statements von BW-Vorsitzenden Sebastian Bauer, Bundes-Generalsekretär Bastian Grundmann und BW-Schatzmeister Stefan Urbat.

4.2 TV

20.06.2007: BR- Alpha

Im Dreiteiler "Der Mensch im Datennetz" auf BR-Alpha wird im dritten Teil über die Piratenpartei berichtet.

4.3 Radio

23.03.2008: Bayrischer Rundfunk

Interview mit Christian Engström (Piratenpartei Schweden)

4.4 Internet

16.05.2008: www.main-rheiner.de

Passanten "observiert" Grüne Jugend und Piratenpartei protestieren

http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3283034

11.04.2008 www.sueddeutsche.de

Geistiges Eigentum und Abmahnungen

<http://www.sueddeutsche.de/computer/artikel/878/168392/>

16.03.2008: Heise online

Demonstration gegen Überwachungsgesetze in Köln

<http://www.heise.de/newsticker/Demonstration-gegen-Ueberwachungsgesetze--/meldung/105119>

13.03.2008: www.shz.de

Verfassungsklage in Karlsruhe wird von Piratenpartei mitgetragen

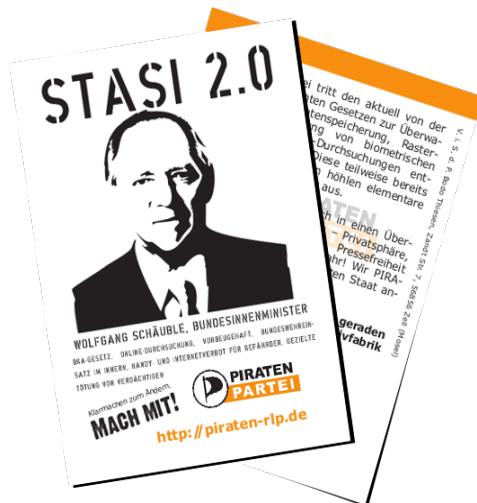


<http://www.shz.de/artikel/article//der-klaeger-von-karlsruhe-ist-ein-kieler-partei-pirat.html>

10.01.2008 www.sueddeutsche.de

Interview mit Thorsten Wirth, Vorsitzendem der PIRATEN Hessen

<http://www.sueddeutsche.de/computer/artikel/58/151677/>



Aktueller Flyer



5 Pressemitteilungen

5.1 Piratenpartei Rheinland-Pfalz: BKA-Gesetz verhindern! Petition unterzeichnen!

23.06.2008 - Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz ruft dazu auf, die aktuelle Bundestagspetition gegen das geplante BKA-Gesetz zu unterzeichnen und den Bundestag aufzufordern, die Vermischung von Geheimdienst und Polizei zu verhindern.

Das BKA-Gesetz, über dessen Novelle derzeit im Bundestag beraten wird, ist nach Ansicht der rheinland-pfälzischen PIRATEN eine massive Gefahr für Demokratie und Rechtstaat.

Angelo Veltens, Landesvorsitzender der PIRATEN Rheinland-Pfalz erläutert: "Mit dem neuen Gesetz versucht die Bundesregierung das BKA in eine zentrale Polizeibehörde mit geheimdienstlichen Befugnissen umzuwandeln. Die nach den Erfahrungen im dritten Reich mit der Gestapo eingeführte Trennung von Polizei und Geheimdienst wird dadurch untergraben. Präventive Ermittlungen ohne konkreten Tatverdacht soll das BKA in eigener Regie und ohne Kontrolle durchführen dürfen."

Neben der Online-Durchsuchung, mit der zukünftig auf Privatrechner zugegriffen werden soll, enthält die Novelle noch weiteren Zündstoff wie den Einsatz verdeckter Ermittler oder den großen Lauschangriff und die Videoüberwachung von Wohnungen Verdächtiger, aber auch von Wohnungen unbeteiligter Dritter.

"Ohne richterliche Befugnis soll das BKA hier also die Wohnungen Verdächtiger und Unbeteiligter tagelang ausspähen dürfen! Das erinnert an Stasi-Methoden, die wir gerade erst vor zwei Jahrzehnten abgeschafft haben!" so Veltens. "Aus diesem Grund rufen wir alle Bürger auf, die Bundestagspetition gegen die exekutiven Befugnisse für das BKA zu unterzeichnen und der Bundesregierung klarzumachen, dass ein solches System in unserem Rechtstaat nicht erwünscht ist!".

Die Piratenpartei (PIRATEN) setzt sich für die Achtung der Bürgerrechte und einen verantwortungsvollen Umgang mit Technik in der digitalen Welt ein.



5.2 Piratenpartei entsetzt über schwedisches Überwachungsgesetz

20.06.2008 - Die Piratenpartei verurteilt die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Schweden durch das neue Abhörgesetz "Lex Orwell" scharf.

Der schwedische Reichstag billigte am späten Mittwochabend ein Gesetz zur umfassenden Überwachung des gesamten E-Mail-, SMS-, Internet-, Telefon- und Faxverkehrs mit dem Ausland. Dies ist ein schwerer Schlag für die Bürger und Bürgerinnen in Schweden, der bestehende Grund- und Menschenrechte außer Kraft setzt.

Rick Falkvinge, Vorsitzender der Piratenpartei in Schweden attestierte, dass die Macht zwischen dem Staat und seinen Bürgern an "diesem schwarzen Tag für die Demokratie" völlig aus dem Gleichgewicht gerate.

Ab dem 1. Januar 2009 hat der schwedische Staat die Befugnisse, die gesamte Kommunikation seiner Bürger mit dem Ausland abzuhören und bei verdächtigen Stichworten und einer Reihe anderer Kriterien genauer hinzuschauen. Das Gesetz geht damit sogar noch über das Überwachungsgesetz zur Vorratsdatenspeicherung hinaus, denn es wird nicht mehr nur protokolliert wer wann mit wem in Kontakt steht, sondern es können nun auch die Inhalte erfasst und ausgewertet werden. Rein technisch ist es beim Abhören des Internet nicht möglich, nur die grenzüberschreitenden Verbindungen zu erfassen, so dass de facto die gesamte elektronische Kommunikation innerhalb von Schweden und mit dem Ausland zukünftig betroffen ist. Das Ganze geschieht ohne richterliche Kontrolle.

"Dies ist ein eklatanter Eingriff in alle Grundrechte, die die Privatsphäre eines Bürgers vor dem Staat schützen", so Angelo Veltens, der Vorsitzende der Piratenpartei Rheinland-Pfalz. "Das Telekommunikationsgeheimnis ist in Schweden damit hinfällig - niemand weiß mehr, ob er beobachtet wird und ob seine Kommunikation noch vertraulich ist. Überwachung gefährdet nicht nur die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen, sondern auch die Demokratie in höchstem Maße!" so Veltens.

Die Piratenparteien in aller Welt fordern daher den Schutz der Bürgerrechte im digitalen Zeitalter. Der gläserne Mensch muss verhindert werden!

